„Radschönweg" rückt in die Warteschleife

Ausschuss vertagt Entscheidung

ACHIM ▪ Der vorgesehene Radschnellweg entlang der Bahnstrecke von Baden nach Mahndorf sei eine schöne Vision, aber für Achim trotz in Aussicht stehender erheblicher Bundesmittel kaum bezahlbar, bemängelten Redner von CDU, FDP und WGA am Dienstag in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Auch wenn SPD und Grüne einen anderen Standpunkt vertraten und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sich für das Vorhaben ins Zeug legten, vertagte das Gremium nach kontroverser Diskussion eine Entscheidung in dieser Angelegenheit.

Stadtplaner Stefan Schuster hatte für den „Radschönweg", wie er das Projekt lieber betitelt, kräftig die Werbetrommel gerührt. Die schon jetzt weitgehend vorhandene, zehn Kilometer lange Strecke nördlich des Gleisstrangs solle durchgehend in vier Metern Breite asphaltiert und auch beleuchtet werden. Parallel verliefe noch ein separater Streifen für Spaziergänger „samt Platz für einen Hund".

Turbostrecke günstiger als ewige Sanierungen?

Insbesondere für Uphusener sei die Anbindung des Bahnhofs Mahndorf wichtig. Denn von dort aus koste die Monatskarte zum Bremer Hauptbahnhof 30 Euro weniger als von Achim aus, erläuterte Schuster. Am Bahnhof Achim könne er sich gut eine Repairstation, also eine Fahrradreparaturwerkstatt, mit Café vorstellen.

Klar, es gebe auch noch ungelöste Probleme bei der Trassenführung, räumte der Planer ein. Vor allem im Bereich der Industriestraße in Baden, rund um Getränke Ahlers, fehlten noch Grundstücke; „am besten wäre dort ein Weg direkt an der Bahnstrecke entlang".

Auch seien noch Gespräche mit der Bahn im Hinblick auf das geplante dritte Gleis zu führen. „Aber wenn wir mit

Die Kosten dafür schätzte Schuster höher ein als die Ausgaben für den „Schönweg", ohne aber diese beziffern zu können.

Karl-Heinz Lichter (CDU) schüttelte den Kopf. Die Stadt habe in den kommenden Jahren bekanntlich riesige Ausgaben für Kita- und Schulbauten zu stemmen und dieser Sektor genieße bei seiner Fraktion Priorität.

Bei der von der Verwaltung vorgelegten Beschlussempfehlung gehe es doch erstmal nur um die Beantragung der Bundesmittel, gab Petra Geisler (SPD) zu bedenken. „Ob wir den Weg in die Tat umsetzen wollen, können wir ja zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden."

Wären denn auf der Strecke überhaupt „relevante Verkehre" zu erwarten?, fragte Hans Baum (FDP). Die vom Bund geforderten 2 000 Nutzer pro Tag kämen zusammen, antwortete Planer Schuster, insbesondere wenn Amazon in Betrieb gehe.

Der Radschnellweg sei doch die dringend benötigte Alternative zum Autoverkehr, der in Achim oft genug im Stau stecke, hob Steffen Zorn, Bau- und Planungschef im Rathaus, hervor. Und 2019 und 2020 müsste die Stadt dafür gerade mal jeweils nur 37 000 Euro aufwenden. Zorn sprach von einer „Riesenchance für Achim".

Peter Bartram (Grüne) unterstrich das und fügte hinzu: „Die sollten wir nutzen."

Volker Wrede (CDU) sah das ganz anders. „Müssen wir auf jeden Zug aufspringen, wenn Fördermittel zur Verfügung stehen? Das sind doch auch Steuergelder." Die Mitarbeiter des geplanten Logistikzentrums des Konzerns Amazon, mit dem die Stadt nach Angaben von Bürgermeister Rainer Ditzfeld immer noch in Vertragsverhandlungen steckt, könnten mit dem Bürgerbus zu den Bahnhöfen Achim und Baden pendeln, meinte Wrede.

Schließlich machte sich auch noch das Stadtober-

dem Radweg schneller sind, müssen die zusehen, was sie machen", merkte er an.

Zwar würde das Projekt mehr als sechs Millionen Euro kosten, aber Achim habe gute Chancen, in das Förderprogramm des Bundes aufgenommen zu werden und dann 75 Prozent der Summe bezahlt zu bekommen. Zudem ließe sich der finanzielle Beitrag der Stadt auf fünf bis sieben Jahre strecken, denn eher würde das neue „Rückgrat des Radverkehrs in der Region" sicherlich nicht fertig werden.

Darüber hinaus entfiele der Unterhaltungsaufwand für den bestehenden Radweg. haupt selbst für das Vorhaben stark. „Wenn wir diesen Radweg bekommen, müssen wir dort 20 Jahre lang nichts sanieren", betonte Bürgermeister Ditzfeld.

Mit Blick auf die kommenden Ausgaben im sozialen Sektor und die sich zuspitzende Finanzlage der Stadt beantragte Wolfgang Heckel (WGA) dennoch, erst auf der Finanzausschusssitzung am 10. Dezember über das Projekt zu befinden, was am Ende alle befürworteten. Bis dahin will die Verwaltung die Einsparungen bei den Unterhaltungskosten für den jetzigen Weg entlang der Bahn ermittelt haben. ▪ mm